



Bundesgesetz über das Entlastungspaket 27 für den Bundeshaushalt: Vernehmlassung

Stellungnahme z.Hd. der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV
Bern, 26. März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf des «Entlastungspakets 27» Stellung zu nehmen.

Der SNF investiert in Forschende und ihre Ideen. Seine Mittel fließen in Forschungsprojekte, die an den Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen realisiert werden. Der SNF fördert dort herausragende Forschung – von der Chemie über die Medizin bis zur Soziologie. Mit seinen schweizweiten, harten, aber fairen Wettbewerbsverfahren nach höchsten internationalen Standards stellt er sicher, dass nur die besten und innovativsten Projekte finanziert werden. Damit trägt der SNF wesentlich zur hohen Qualität der Schweizer Forschung bei. Davon profitieren schliesslich alle: Die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik.

Der SNF ist nicht nur der nationale Forschungsförderer, sondern auch die wichtigste Organisation für die Förderung der Forschungszusammenarbeit innerhalb der Schweiz und mit Forschungsgruppen im Ausland. Er trägt so massgeblich zur Vernetzung der Forschenden in der Schweiz bei und schafft die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Forschung.

In Kürze: Folgen der vorgeschlagenen Sparmassnahmen beim SNF für die Schweiz

- Mit den vorgeschlagenen Kürzungen setzt die Schweiz ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und weltweit überdurchschnittliche Innovationskraft der Wirtschaft aufs Spiel. Eine starke Forschungsförderung hingegen schafft Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, wie verschiedene Studien belegen.
- Der Wissensstandort Schweiz und die Qualität der Schweizer Forschung würden deutlich geschwächt. Der SNF müsste mindestens 500 weitere, innovative Forschungsprojekte ablehnen, deren Resultate Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung benötigen.
- Muss der SNF künftig noch mehr Forschungsprojekte ablehnen, wären vor allem Nachwuchstalente die Leidtragenden. Rund 1500 befristete Stellen an den Universitäten und anderen Institutionen in den Kantonen könnte der SNF nicht mehr finanzieren und damit weniger dazu beitragen, hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden, die vor allem die Wirtschaft dringend benötigt.
- Ohne eine starke Forschungsförderung kann die Schweiz den raschen gesellschaftlichen und technologischen Wandel nicht mitgestalten. Beispiel: Investiert sie zu wenig in die Forschung zur Künstlichen Intelligenz, riskiert sie, vom Ausland abhängig zu werden.

Aus Sicht des SNF rechtfertigen die vorgeschlagenen Einsparungen die negativen Folgen für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft nicht. Sie würden zudem zu weniger Steuereinnahmen führen und damit die Herausforderungen für den Bundeshaushalt mittelfristig sogar verschärfen.

«Entlastungspaket 27»: Vorgeschlagene Kürzungen des Bundesrates

In der Vernehmlassung zum «Entlastungspaket 27» schlägt der Bundesrat vor, die Mittel des SNF 2027 um 10 Prozent und 2028 um 11 Prozent zu kürzen. Für die Sparmassnahmen beim SNF sind keine Gesetzesänderungen notwendig; so sind sie lediglich im [erläuternden Bericht](#) (S. 23) festgehalten, nicht aber im Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage.

Über 10% Kürzungen

Mit den vorgeschlagenen Kürzungen würde der SNF in den Jahren 2027 und 2028 insgesamt 270 Millionen Franken weniger Bundesbeiträge erhalten. Für den SNF und die Schweizer Forschung wäre dies ein schwerer Schlag.

Massive Folgen für Schweizer Forschung

Noch unklar ist, ob der SNF bereits 2026 von Kürzungen betroffen sein wird. Diese Möglichkeit wurde im [Bericht der Expertengruppe Aufgaben- und Subventionsüberprüfung](#) sowie vom Bundesrat festgehalten. In diesem Fall müsste der SNF in den Jahren 2026-2028 insgesamt sogar 400 Millionen Franken einsparen.

Der SNF ist sich der angespannten Haushaltslage des Bundes sehr bewusst und hat bereits zur Sanierung der Bundesfinanzen beigetragen. Mit der BFI-Botschaft 2025-2028 erhielt er teuerungsbereinigt im Vergleich zur vorherigen Periode (ohne Berücksichtigung der im «Entlastungspaket 27» vorgeschlagenen Kürzungen) weniger Bundesbeiträge. Deshalb hat der SNF klare Prioritäten gesetzt und bereits Einsparungen beschlossen, indem er künftig verschiedene Fördermöglichkeiten nicht mehr anbietet.

Bereits Einsparungen beschlossen

Kürzungen gefährden Innovationskraft und verringern Steuereinnahmen

Die vorgeschlagenen Budgetkürzungen hätten deutlich spürbare Folgen für den Wissenschaftsstandort Schweiz. Die Qualität und Intensität der Schweizer Forschung würden noch mehr geschwächt. Der SNF muss bereits heute zahlreiche innovative Forschungsprojekte ablehnen, deren Ergebnisse die Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung benötigen.

Spitzenforschung gefährdet

Mit den im «Entlastungspaket 27» vorgeschlagenen Kürzungen von jeweils mindestens 10 Prozent in den Jahren 2027 und 2028 wären es deutlich mehr; der SNF müsste rund 500 weitere exzellente Ideen von Forschungsteams ablehnen. Sollte der SNF bereits 2026 von den vorgeschlagenen Sparmassnahmen betroffen sein, müsste er zwischen 2026-2028 sogar über 700 weitere innovative Forschungsprojekte ablehnen. Mit den vorgeschlagenen Budgetreduktionen müsste der SNF zum ersten Mal in seiner Geschichte erwägen, die Mittel in bereits laufenden Forschungsprojekten zu kürzen und erfolgreiche Fördermöglichkeiten über Jahre auszusetzen.

Hunderte exzellente Projekte gehen verloren

Mit der Vergabe im Wettbewerbsverfahren stellt der SNF sicher, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel effizient und gezielt eingesetzt werden. Schwächt die Schweiz ihre Forschung, gefährdet sie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Sie setzt ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und heute weltweit überdurchschnittliche Innovationskraft der Wirtschaft aufs Spiel. Betroffen wären Schlüsselindustrien und etablierte Arbeitgeber, die auf eine enge Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen angewiesen sind.

Weniger Fortschritt und Innovation

Der Erfolg der Schweiz beruht auf ihrer leistungsfähigen Bildung und Forschung. Er wurde durch vorausschauende langfristige Investitionen von Bund und Kantonen gesichert. Der Verlust von Grundlagen für Innovationen in allen Bereichen wäre mit den vorgeschlagenen Kürzungen mittel- und langfristig deutlich spürbar, vor allem für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Der Wertschöpfungsverlust der Wirtschaft lässt sich gemäss relevanten Studien auf mindestens 1 Milliarde Franken schätzen, da

Grosser wirtschaftlicher Schaden

Investitionen in die Forschung volkswirtschaftliche Renditen von mehr als dem Dreifachen erzielen.¹

Eine starke Forschungsförderung hingegen schafft Arbeitsplätze, bringt Steuereinnahmen und damit Wohlstand für heutige und künftige Generationen. Mehrere nationale und internationale Studien belegen, dass Investitionen in die Forschung und Forschungsförderung eine hohe volkswirtschaftliche Rendite erzielen. Eine aktuelle Studie über den Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) – der ähnlich wie der SNF funktioniert – zeigt, dass in die Forschungsförderung investierte Mittel innerhalb rund eines Jahres zurück in die öffentlichen Kassen fliessen und schliesslich zu höheren Steuereinnahmen führen.²

*Forschungsförderung
bringt Steuereinnahmen*

So sind in der Schweiz zum Beispiel in den letzten acht Jahren insgesamt 148 Startups aus einem gemeinsamen Förderinstrument von SNF und Innosuisse, dem Programm «Bridge Proof of Concept», entstanden. Eines dieser Unternehmen ([DePoly: Plastics Made Pure](#)) hat 2024 den ersten Platz bei den besten Schweizer Startups belegt. Ohne die Forschungsförderung des SNF würde es dieses und zahlreiche andere innovative Unternehmen, die Tausende Arbeitsplätze schaffen, nicht geben.

*Forschungsförderung schafft
Innovation und Arbeitsplätze*

Kürzungen gefährden Resilienz und Unabhängigkeit der Schweiz

Gerade die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass die Schweiz in zukunftsrelevanten Bereichen wie Gesundheits- und Energieversorgung, Klimawandel, Migration oder digitaler Transformation dringend Lösungen braucht. So können mit Innovationen in der digitalen Medizin die Kosten gesenkt werden. Ohne eine starke öffentliche Forschungsförderung sind die Schweizer Gesellschaft, Wirtschaft und Politik weder für aktuelle noch künftige Herausforderungen und Krisen gewappnet und können den raschen gesellschaftlichen und technologischen Wandel nicht mitgestalten.

Schweiz braucht Lösungen

Insbesondere die Künstliche Intelligenz (KI) wird die gesamte Gesellschaft rasant verändern. Investiert die Schweiz nicht genügend Mittel in die KI-Forschung, riskiert sie, bei dieser technologischen Revolution in kürzester Zeit abgehängt und vom Ausland abhängig zu werden. Dies stellt auch ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz dar.

*Schweiz wird international
abhängiger*

Zahlreiche Beispiele belegen zudem den Nutzen der Forschung für die Lösung von gesellschaftlichen Problemen. So zeigt etwa das Nationale Forschungsprogramm «Gesundheitsversorgung» (NFP 74), wie die knappen Ressourcen im Gesundheitswesen effizienter genutzt werden können. Damit beeinflussen solche Forschungsergebnisse direkt unseren gesellschaftlichen Alltag und verbessern die Praxis in Krankenhäusern, Schulen oder anderen wichtigen Gesellschaftsbereichen, wie eine entsprechende Studie zur sozialen Innovation aufgezeigt hat.³

*Forschung trägt zur
Lösung gesellschaftlicher
Probleme bei*

Zudem würden die Sparmassnahmen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Forschung gefährden. Nach vier Jahren der Ungewissheit können sich die Forschenden der Schweizer Hochschulen wieder am weltweit grössten Forschungsprogramm «Horizon Europe» beteiligen. Aber nur mit einer starken nationalen Forschungsförderung können sich Forschende im internationalen Wettbewerb behaupten.

*Internationale Position
wieder auf dem Spiel*

Kürzungen verstärken Mangel an hochqualifizierten Fachkräften

Muss der SNF noch mehr Forschungsprojekte ablehnen, wären vor allem Nachwuchstalente die Leidtragenden, da über 80% der SNF-Mittel für die Löhne von Forschenden eingesetzt werden. Mit den im «Entlastungspaket 2027» vorgeschlagenen Kürzungen könnte der SNF in den Jahren 2027 und

*Verlust von
Nachwuchstalente*

2028 rund 1500 befristete Stellen – gerade für diese Nachwuchsforschenden – an den Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen in den Kantonen nicht finanzieren.

Diese Institutionen sind bereits selbst von Sparmassnahmen des Bundes und der Kantone betroffen. Talentierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wären gezwungen, im Ausland weiterzuforschen oder ihre Karriere zu beenden. Sollten die Mittel des SNF bereits 2026 gekürzt werden, wären es rund 2000 Stellen, die nicht finanziert werden können.

Damit könnte der SNF weniger dazu beitragen, hochqualifizierte Fachkräfte auszubilden, die vor allem die Wirtschaft dringend benötigt. Der grösste Teil der Nachwuchsforschenden arbeitet später im privaten und öffentlichen Sektor. Diese hochqualifizierten Fachkräfte sind zugleich ausschlaggebend dafür, dass sich internationale Unternehmen in der Schweiz niederlassen.

*Weniger hochqualifizierte
Fachkräfte für Wirtschaft &
Gesellschaft*

Die Finanzlage des SNF ist bereits angespannt

In den Vernehmlassungsunterlagen begründet der Bundesrat die Kürzungen beim SNF mit einem überproportionalen Wachstum der Bundesausgaben für die Forschung in den letzten 15 Jahren. Diese Aussage ist aus Sicht des SNF nicht zutreffend.

*Langfristig
unterproportionales
Wachstum*

Der Anteil der regulären SNF-Mittel am gesamten Bundeshaushalt ist langfristig gesunken: Er ging von der Periode 2013-2016 auf die Periode 2021-2024 um über 8 Prozent zurück.⁴ Im gleichen Zeitraum hat sich die Schere zwischen beim SNF angefragten und tatsächlich verfügbaren Mitteln deutlich geöffnet: Die Nachfrage nach Geldern ist mehr als dreimal so stark gestiegen wie der Bundesbeitrag.⁵

*Anteil der SNF-Mittel
deutlich verringert*

Zudem stehen dem SNF in der aktuellen BFI-Periode, wie eingangs erläutert, teuerungsbereinigt bereits ohne die vorgeschlagenen Kürzungen weniger Bundesmittel zur Verfügung als in der Vorperiode.⁶

*Weniger Bundesbeiträge
2025-2028*

Weiter werden die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für die Übergangsmassnahmen nach dem Ausschluss von Horizon Europe oft fälschlicherweise zum ordentlichen SNF-Budget dazu gerechnet. Diese Mittel waren als Schweizer Beitrag zum Forschungsprogramm «Horizon Europe» vorgesehen und wurden dafür eingesetzt, den Ausschluss aus wichtigen Teilen dieses Programms temporär abzufedern. Sie stellten somit keine Erhöhung der Mittel für die Schweizer Forschung dar.

*Übergangsmassnahmen
nicht Teil des
SNF-Förderbudgets*

Gleichzeitig hat der Bund in der aktuellen BFI-Periode die Mittel für die Zusatzmandate an den SNF um 70 Prozent erhöht. Damit will der Bundesrat neue Fördermöglichkeiten im Bereich der internationalen Forschungszusammenarbeit etablieren. Die über den Grundbeitrag des SNF finanzierten regulären Förderinstrumente sowie die Nationalen Forschungsprogramme (NFP) und Forschungsschwerpunkte (NFS) erhalten hingegen real weniger Mittel. Auch wenn der SNF die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit begrüsst, so empfiehlt er eine Priorisierung der etablierten und erfolgreichen Förderinstrumente. Denn sie sind die Zugpferde der Schweizer Forschung.

*Priorisierung statt
allgemeine Kürzungen*

Der SNF fordert Verzicht auf Kürzungen

Der SNF fordert den Bundesrat aus den genannten Gründen auf, auf die vorgeschlagenen Kürzungen zu verzichten. Auch im [Bericht der Experten-gruppe](#) (S. 46) ist festgehalten, dass Kürzungen bei den Forschungs-ausgaben nicht begründbar sind und nur im Sinne einer «Opfersymmetrie» vorge-schlagen wurden.

Kürzungen bei Forschungs-ausgaben nicht begründbar

Aus Sicht des SNF rechtfertigen die vorgeschlagenen Einsparungen die ne-gativen Folgen für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft nicht. Weiter würden die Kürzungen zu weniger Steuereinnahmen führen und damit die Herausforderungen für den Bundeshaushalt mittelfristig sogar verschärfen.

Einsparungen verschärfen mittelfristig Herausforderun-gen für den Bundeshaushalt

In den Vernehmlassungsunterlagen sieht der Bundesrat eine proportionale Kürzung beim SNF-Grundbeitrag und bei den Fördermassnahmen vor, die der SNF im Auftrag des Bundes betreibt. Falls Kürzungen beim SNF unum-gänglich werden, sollten diese vor allem durch den Verzicht auf die neuen Zusatzmandate realisiert werden. Dies würde der Schweizer Forschung deutlich weniger schaden als ein Abbau bei den etablierten, rasch wirksa-men Förderinstrumente im Grundauftrag.

Unumgängliche Kürzungen nur bei den neuen Zusatzmandaten

Der SNF bittet den Bundesrat und die EFV, seine Einwände gegen die vorgeschlagenen Kürzungen zu berücksichtigen und steht für weitere Informationen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Angelika Kalt
Direktorin der Geschäftsstelle



Torsten Schwede
Präsident des Forschungsrates



Jürg Stahl
Präsident des Stiftungsrates

ANMERKUNGEN

- ¹ Luke Georghiou (2015): Value of Research. Policy Paper by the Research, Innovation, and Science Policy Experts (RISE). European Commission, Publications Office of the European Union. Siehe ausserdem: BiGGAR Economics (2017): The Economic Contribution of the Institutions of the ETH Domain. URL: https://ethrat.ch/wp-content/uploads/2021/09/BiGGAR_Studie.pdf; Torben Schubert (März 2021): The macroeconomic effects of the Fraunhofer-Gesellschaft. Fraunhofer Institute for Systems and Innovation Research ISI; Christian Keuschnigg et al. (Dezember 2021). Wirkung von Forschungsausgaben. Wirtschaftspolitisches Zentrum der Universität St. Gallen.
- ² Jürgen Janger et. al. (November 2024): The Contribution of Basic Research Projects Funded by the Austrian Science Fund to Economic and Societal Impacts, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), S. 2. URL: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54837521>.
- ³ Klaus Schluch et al. (2022). Social Innovation as Valuation and Outcome Category of SNSF-funded Research. URL: <https://zenodo.org/records/7756474>. Siehe auch [Zusammenfassung](#).
- ⁴ Der Anteil der regulären SNF-Mittel am gesamten Bundeshaushalt ging von 1,542% in der Periode 2013 – 2016 auf 1,405% in der Periode 2021 – 2024 zurück. Werden die ausserordentlichen Ausgaben für die Corona-Krise nicht eingerechnet, sank der Anteil von 1,542% auf 1,482% und somit um rund 4%.
- ⁵ Im Zeitraum 2013-2024 stiegen die bewilligten Mittel nominal um 48%, während die beantragten Mittel um 153% zunahmen.
- ⁶ Bei der Berechnung wurde ab 2025 eine Teuerung in Höhe von 1% pro Jahr angenommen.